

Antrag

der Abgeordneten Susanne Ferschl, Kathrin Vogler, Klaus Ernst, Ates Gürpınar, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ralph Lenkert, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Patente für Impfstoffe, Therapeutika und Tests zur weltweiten Eindämmung von Corona jetzt freigeben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Krise wird Deutschland und die Welt noch lange beschäftigen. In weiten Teilen der Welt ist nur ein geringer Anteil der Bevölkerung geimpft, für Afrika wird eine Impfquote von 6,6 Prozent angegeben (Stand: 25.11.2021). Aber auch in der EU wird es immer wahrscheinlicher, dass wir uns auf absehbare Zeit auf wiederkehrende Impfungen wegen nachlassenden Impfschutzes oder neuer Virusvarianten einstellen müssen. Nach wie vor gilt: Die Pandemiebekämpfung muss weltweit erfolgen – nicht nur aus Gründen internationaler Solidarität in Krisenzeiten, sondern auch, damit die belastenden und teuren Maßnahmen des Infektionsschutzes in Deutschland und der EU nicht zur dauerhaften Sisyphus-Aufgabe werden.

Der Egoismus der reichen Staaten, zunächst sich selbst mit Impfstoff zu versorgen, aber an der privaten, künstlich verknappten, gewinnorientierten Herstellung nichts Grundsätzliches zu ändern, macht eine zynische Prioritätensetzung deutlich. Mit der Covax-Fazilität wurde zwar ein internationaler Einkaufs- und Verteilmechanismus für Impfstoffe eingeführt. Jedoch haben sich die Befürchtungen bestätigt, dass dieses Instrument bei weitem nicht ausreichend ist, für eine gerechte Impfstoffversorgung zu sorgen. Auch ein Jahr nach Zulassung der ersten Vakzine kann von einer Deckung des weltweiten Bedarfs nicht zuletzt aufgrund der Preise keine Rede sein. Der globale Norden lässt es mehrheitlich eher zu, dass der globale Süden massiv unterversorgt ist, als eine Ausnahme von der profitorientierten Vermarktung zuzulassen.

Die deutsche Bundesregierung gehörte bislang zu den weltweit entschiedensten Gegnern einer Ausnahme des üblichen Patentschutzes zugunsten einer gemeinwohlorientierten Herstellung der Corona-Impfstoffe, Behandlungen und Tests. Der entsprechende Antrag von Indien und Südafrika aus dem Oktober 2020 wird von mehr als 100 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation unterstützt. Selbst in den USA ist eine Debatte entbrannt und der US-Präsident hat die vormals harte Linie aufgeweicht. Auch das Europäische Parlament hat kürzlich seine Forderung nach einem befristeten Aussetzen der Impfstoffpatente erneuert. Entschiedene Ablehnung erfährt der Vorschlag jedoch von den Regierungen europäischer Staaten mit starker Pharmaindustrie, neben

Deutschland auch etwa die Schweiz und Großbritannien sowie von der EU-Kommission. Die Erklärung von Rom im Mai 2021 war ein zu geringer Fortschritt, denn es darf nicht nur darum gehen, Zwangslizenzen rechtssicher zu machen, sondern sie auch real in dieser schweren Krise zu ermöglichen und die Regierungen weltweit im Interesse ihrer Bevölkerung handlungsfähig zu machen.

Es ist höchste Zeit, den Ankündigungen von Seiten der SPD (www.tagesschau.de/ausland/amerika/maas-impfstoffpatente-101.html, www.spdfraktion.de/presse/state-ments/befristete-lockerung-patentrechts) und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/patente-fuer-corona-impfstoffe, www.aerzteblatt.de/nachrichten/123671/Coronaimpfstoffe-Bundesregierung-lehnt-Patentfreigabe-ab) Taten folgen zu lassen. Eine Abkehr der Bundesregierung von ihrer harten Linie hätte eine immense Signalwirkung und würde die Erfolgsaussichten des Antrags für eine zeitlich begrenzte Ausnahme für Patente auf medizinische Produkte gegen COVID-19 erheblich vergrößern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Antrag von Südafrika und Indien für ein Aussetzen der Patente für Therapeutika, Impfstoffe und Tests bei COVID-19 (TRIPS-Waiver) bei der Welthandelsorganisation zu unterstützen,
2. einen wirksamen Technologietransfer insbesondere auch für die mRNA- und Vektorimpfstoffe zu gewährleisten und so sicherzustellen, dass das Knowhow zur Produktion weltweit angeeignet werden kann.

Berlin, den 7. Dezember 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion